

P.B. Nr. 1

[dodis.ch/5503](https://dodis.ch/5503)

Peter Anton Feldscher an Max Petitpierre, 12. Januar 1949

Die Problematik, die allen Erörterungen um den Staatsvertrag innewohnt und auf die ich in meinen Berichten vom 17. und 23. Dezember v.J.<sup>948</sup> hingewiesen habe, wird bekräftigt durch eine kritische Bemerkung, die mir gegenüber in den letzten Tagen und zwar aus französischem Munde geäußert worden ist.

Nicht ohne Grund wurde dabei das etwas zwiespältige Verhalten der österreichischen Regierung hervorgehoben, die auf der einen Seite beinahe keinen Tag vorübergehen lässt, ohne auf den Abzug der Besetzungsmächte und die völlige Befreiung Österreichs zu dringen, andererseits aber die westlichen Alliierten nicht weniger dringlich bittet, mit dem Abzug ihrer Truppen zuzuwarten bis der österreichische Staat nicht mehr so ganz schutzlos dastehe. Die Befürchtung, die dem letzterwähnten Ansuchen zugrunde liegt, erscheint meinem Gewährsmann allerdings nur zu berechtigt, denn er nimmt mit Bestimmtheit an, dass der österreichische Staat, wenn er nach dem Abzug der alliierten Truppen ohne Armee und ohne genügende Polizeimacht zurückgelassen werde, binnen sechs Monaten eine Beute der Kommunisten sein werde.

Diese Ansicht scheint angesichts der geringen Stärke der kommunistischen Partei in Österreich eine arge Übertreibung in sich zu schliessen, und man könnte sich fragen, ob nicht auch auf Seiten der Westmächte, wenigstens einzelner von ihnen, ein gewisses Interesse an der zeitlichen Ausdehnung der Okkupation österreichischen Bodens vorhanden sei. Wenn man indessen sich der Äusserung von Minister Gruber erinnert, die ich in meinem Schreiben vom 23. Dezember v.J. wiedergegeben habe, so lässt sich nicht bestreiten, dass diese die vorhin erwähnte Behauptung zu erklären und zu stützen geeignet erscheint. Es darf nämlich nicht ausser acht gelassen werden, dass die sozialistische Partei in Österreich stets einen radikalen Charakter aufwies und dass von ihr deshalb auch keine allzu grosse Widerstandskraft gegenüber einem Ansturm der kommunistischen Linken erwartet wird. Sollte diese waffenmässig gut ausgerüstet sein, so wäre es durchaus nicht ausgeschlossen, dass die in Ungarn und in der Tschechoslowakei bewährte Taktik

---

948 23.12.1947, nicht vorh. in CH-BAR#E2300#1000/716\* (188).

und Technik auch in Wien zum Erfolg führen könnte. Mit einer solchen Möglichkeit darf ernsthaft auch dann gerechnet werden, wenn man in Betracht zieht, dass die Mehrheit der sozialistischen Führer und auch des Parteivolkes der drohenden Gefahr sich voll bewusst und entschlossen ist, ihr entgegenzutreten.

Dass die österreichische Regierung, ungeachtet solcher Aussichten und Bedenken, immer wieder für den Abschluss des Staatsvertrages eintritt, findet seine Erklärung in den schwierigen Verhältnissen, die der Besetzungszustand für das österreichische Volk und seine Behörden mit sich bringt, und besonders auch in der Notwendigkeit, angesichts der bevorstehenden Nationalratswahlen dem Volke zu beweisen, dass in dieser Kardinalfrage für das Schicksal des Landes nichts unversucht gelassen wurde. Die Last dieser Beweisführung liegt im wesentlichen dem Regierungschef, dem Aussenminister und dem Staatssekretär Graf vom Innenministerium ob, die alle der österreichischen Volkspartei angehören, während die sozialistischen Regierungsmitglieder in der Behandlung dieser Frage etwas zurückhaltend sind. Der Delegation, die unter Führung von Minister Gruber sich mit den Angelegenheiten des Staatsvertrages zu befassen hat, gehört übrigens der sozialistische Nationalrat Waldbrunner,<sup>949</sup> der frühere österreichische Gesandte in Moskau, an. Es ist bezeichnend, dass die unter russischer Kontrolle stehende «Ravag»<sup>950</sup> verlangt hatte, eine Rede, die Staatssekretär Graf beabsichtigte im Rundfunk zu halten und die die Stellung der österreichischen Volkspartei zu dem kommenden Wahlgang hätte zum Gegenstand haben sollen, der Zensur zu unterwerfen, welche Zumutung vom österreichischen Regierungsmitglied mit Entrüstung abgelehnt wurde.

Sehr wahrscheinlich wird zu den Wahlen keine neue Partei zugelassen werden, sodass die Auseinandersetzung sich in der Hauptsache zwischen den beiden grossen Parteien des Landes, der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei Österreichs abspielen wird. Der Kampf erhält sein besonderes Merkmal dadurch, dass neben einer halben Million ehemaliger Nationalsozialisten, die bisher vom Wahlrecht ausgeschlossen waren, auch eine weitere halbe Million von neuen Wählern, die sich aus Heimkehrern, Eingebürgerten und Nachwuchs rekrutieren,

<sup>949</sup> Karl Waldbrunner \* 25.11.1906 Wien, † 5.6.1980 ebd.; Dipl.-Ing., 1932–1937 Ing. SU, 1938–1945 ltd. Ing. Stahlwerke «Schoeller-Bleckmann», Ternitz; April/Dezember 1945 UStsSekt. für Industrie, Gewerbe, Handel u. Verkehr (prov. Stsreg. Renner), 1945/46 StsSekt. BM für Vermögenssicherung u. Wirtschaftsplanung, 1946 Ges. Moskau, 8.11.1949–14.12.1962 BMin. für Verkehr u. verstaatlichte Betriebe, 29.06.1956–14.12.1962 dgl. für Verkehr u. Elektrizitätswirtschaft; 1946–1956 SPÖ-Zentralsekt., 1965–1974 stv. SPÖ-Bundesparteivors.; 1945–1971 Abg. z. NR, SPÖ, 1962–1970 Zweiter NR-Präs., 1970/71 NR-Präs. – Hannes Androsch/Anton Pelinka/Manfred Zollinger (Hg.), Karl Waldbrunner. Pragmatischer Visionär für das neue Österreich, Wien 2006; Österreichs Spitzendiplomaten.

<sup>950</sup> Am 1.10.1924 in Betrieb genommener Rundfunksender «Radio-Verkehrs-Aktiengesellschaft» (RAVAG); 24.5.1945 Wiederaufnahme des Sendebetriebs aus dem im sowjet. Sektor Wiens gelegenen Funkhaus, stand infolge sowjet. Einflussnahme auf das Programm im Ruf eines Propagandasenders.

370

zur Urne gerufen wird. Die Wahlen werden im September oder Oktober stattfinden, und bis dahin wird, wie mir versichert wurde, jedenfalls auch die Besetzung andauern. Man kann sich somit unschwer vorstellen, mit welchem Eifer die auf den 7. Februar d.J. einberufene Konferenz zur Behandlung des «Staatsvertrages» an ihre Arbeit gehen wird.

P.S. Nach einer Information, die mir von anderer Seite zukommt, wäre Sowjetrussland bereit, einen Staatsvertrag unter Bedingungen zu schliessen, die für Österreich befriedigend ausfallen und nicht die Gefahr eines inneren Umsturzes in sich schliessen würden. Die russische Regierung beabsichtige nämlich, um freiere Hand zu bekommen, die «Frontlinie» im Westen etwas nach dem Osten, auf die Linie Polen-Rumänien zurückzuverlegen. Das würde bedeuten, dass das Schwergewicht der russischen Politik sich nach einer anderen Richtung verlagern würde, z.B. mehr nach dem nahen Osten und dem Mittelmeer, welche Annahme durch die jüngste Entwicklung eine gewisse Wahrscheinlichkeit für sich beanspruchen kann.